

Warnung vor Spaltung der Gesellschaft



Doris Hege, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG); Rosemarie Wenner, Bischöfin der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Deutschland.

Bildnachweis: AMG Deutschland (Hege); Gottfried Hamp, EmK-Öffentlichkeitsarbeit (Wenner)

In einem Offenen Brief an die AFD betonen Mennoniten und Methodisten das uneingeschränkte Recht auf Religionsfreiheit für alle Religionen.

Die Arbeitsgemeinschaft mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) und die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland ([EmK](#)) nehmen das am vergangenen Wochenende verabschiedete Grundsatzprogramm der Partei »Alternative für Deutschland« (AFD) zum Anlass, »die Religionsfreiheit als fundamentales, unveräußerliches Menschenrecht« hervorzuheben. Doris Hege, die Vorsitzende der AMG, und Rosemarie Wenner, die Bischöfin der EmK, äußern ihre »Sorge« angesichts der im AFD-Grundsatzprogramm stehenden Äußerungen zur Religionsfreiheit und sehen sich in »Verantwortung, darauf zu reagieren«. Ihre Kritik richtet sich gegen »Polarisierungen, Pauschalierungen und Ausgrenzungen durch politische Parteien«. Auf diese Weise trügen Parteien wie die AFD dazu bei, »die Gesellschaft zu spalten«.

Gemeinsam verweisen sie auf das im Artikel 4 des Grundgesetzes verankerte Recht auf Religionsfreiheit. Dies gelte auch für Angehörige des Islams, deren Recht auf freie Religionsausübung nicht beschränkt werden dürfe. Es gehöre zu den »Herausforderungen einer pluralistischen Gesellschaft«, dass Menschen unterschiedlichen Glaubens und ohne Glauben gewaltfrei und friedlich zusammenleben könnten. Es gebe in der Demokratie zwar »das Recht auf Unterschiede, aber es gilt kein unterschiedliches Recht«, wie es der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau ausgedrückt habe. Es sei nicht zulässig, einzelnen Religionen gegenüber »das in der demokratischen Grundordnung verankerte Recht auf Religionsfreiheit zu unterhöhlen«, indem wegen Aktionen extremistischer Gruppen eine ganze Religionsgemeinschaft in Misskredit gebracht werde.

Deshalb fordern AMG und EmK in dem Offenen Brief an die AFD, dass es »keine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Religionen« geben dürfe. »Stattdessen«, so endet das Schreiben der Leiterinnen der beiden Freikirchen, »betrachten wir die Gestaltung eines friedvollen Verhältnisses zu Menschen anderer Religionen als ein wichtiges Bewährungsfeld – für Kirche und Gesamtgesellschaft«.

[Offener Brief der Emk und AMG an die AFD im Wortlaut](#)

Der Autor

Klaus Ulrich Ruof ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in

